



Student*innen diskutieren auf bundesweiter Versammlung über zukünftige Politik.

Vergangenes Wochenende haben sich Vertreter*innen der studentischen Selbstverwaltungen aus der gesamten Republik in Magdeburg zur 59. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. getroffen. Student*innen von Freiburg bis Potsdam, von Lüneburg bis Passau kamen zusammen, um die Politik des bundesweiten Dachverbandes der Student*innenschaften demokratisch zu bestimmen.

Im Rahmen verschiedener Anträge haben sich die Anwesenden ausführlich mit Antisexismus in der Gesellschaft und den eigenen Strukturen auseinandergesetzt. „Anlässlich der erneut – auch im Bundestag – entbrannten Diskussion fordert der freie Zusammenschluss von student*innenschaften die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für alle Menschen, die schwanger werden können. Ebenso setzt er sich für die Enttabuisierung des Themas ein und wirkt gemeinsam mit den entsprechenden Verbänden darauf hin, dass die akademischen und schulischen Curricula dahingehend verändert werden.“ erläutert Eva Gruse aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von student*innenschaften den einstimmig angenommenen Beschluss zum Thema Schwangerschaftsabbrüche.

Weiterhin hat die Mitgliederversammlung Anträge zum Papier der Europäischen Kommission beraten: "Als problematischsten Punkt ist das Netzwerk von Europäischen Universitäten zu sehen. Statt vielen Universitäten und damit vielen Student*innen gute Bildung zukommen zu lassen, sollen laut den Vorschlägen der EU-Kommission 20 exklusive Europäische Universitäten entstehen. Anstatt gemeinsame Programme und transnationale Forschungszusammenschlüsse zu fördern, wird auf Abgrenzung gesetzt. Dies finden wir grundlegend falsch." erläutert Nathalie Schäfer aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von student*innenschaften die Positionierung der Student*innenschaften.

"In Deutschland werden weite Teile der Gesellschaft von Bildung und Wissenschaft ausgegrenzt. So hängt der Zugang zu „höheren“ Bildungseinrichtungen hierzulande stark von dem

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 70 Mitgliedern vertritt der fzs über 800.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU – European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).

freier Zusammenschluss von
student*innenschaften (fzs) e.V.
Wöhlertstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand
Eva Gruse
Konstantin Korn
Nathalie Schäfer
Tobias Eisch

vorstand@fzs.de

Berlin, 07.03.2018

Bildungsgrad und dem Geldbeutel der Eltern ab. Deshalb rufen wir dazu auf, sich an den Bildungsprotesten von "Lernfabriken...meutern!" am 13. Juni 2018 zu beteiligen und Aktionen zu organisieren!" so Tobias Eisch aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von student*innenschaften.

Des Weiteren erklärte sich der fzs solidarisch mit den Protesten der Österreichischen Hochschul*innenschaft, verurteilt die bundesweiten behördlichen Angriffe auf Verfasste Student*innenschaften und stellt sich klar gegen Anwesenheitspflicht. Diese und alle weiteren Anträge sind unter www.fzs-mv.de einsehbar.

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedern vertritt der fzs über 800.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU – European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).